

Neue Zürcher Zeitung

Frankreichs Gefängnisaufseher begehren auf

Mit Streiks und Blockaden wehren sich die Angestellten der Haftanstalten gegen Gewalt von radikalisierten Insassen und schlechte Löhne

RUDOLF BALMER, PARIS

Die Bilder, die das französische Fernsehen seit Tagen von den Protesten der Gefängnisaufseher zeigt, sind spektakulär. Die aufgebrachten Wärter versperren überall im Land die Zugänge zu den Gefängnissen, in denen sie arbeiten, mit brennenden Pneu und Holzpaletten. Wenn dann die Ordnungspolizei CRS gegen diese Aktionen vorgeht, kommt es oft zu Handgemengen unter Uniformierten auf beiden Seiten. Die Protestbewegung hat sich unterdessen laut Angaben der Gewerkschaften auf mehr als 120 der 188 Anstalten ausgedehnt. Die oberste Gefängnisverwaltung sprach am Montag von bis zu 35 blockierten Gefängnissen. In 13 Anstalten seien die Aufseher nicht zur Arbeit angetreten. Teilweise werden sie durch notfallmässig eingesetztes Sonderpersonal ersetzt.

Drohende Eskalation

Die Aufseher fordern wirksamen Schutz vor gewalttätigen Häftlingen und bessere Arbeitsbedingungen. Was die Regierung ihnen bisher anbieten konnte, genügt den Gewerkschaften des Personals im Strafvollzug nicht. Nun drohen sie mit einer «totalen Blockade» der Gefängnisse und hoffen darauf, mit dieser Drohung, den Konflikt eskalieren zu lassen, mehr Verständnis in der Öffentlichkeit, vor allem aber das Einlenken der Regierung zu erzielen. Der Streik trifft vor allem die Häftlinge. Besuche von Angehörigen werden abgesagt, Aktivitäten wie bei Sport und Weiterbildung oder in den Werkstätten sind ausgesetzt.

Die Gefängnisinsassen müssen auf Spaziergänge verzichten und in den Zellen bleiben. Das alles erhöht noch die Spannungen zwischen ihnen und dem Personal. In Fleury-Mérogis, der grössten Haftanstalt in Westeuropa etwas südlich von Paris, hatten am Freitag mehr als hundert Häftlinge ihrerseits gegen die Aktionen der Wärter protestiert und sich geweigert, aus dem Innenhof in ihre Zellen zurückzukehren, bis die Ordnungskräfte sie durch den Einsatz von Tränengas dazu zwangen.



Die Zugänge zu vielen französischen Gefängnissen sind nun versperrt.
YOAN VALAT / EPA

Angefangen hatte alles am 11. Januar (in der Strafanstalt von Vendin-le-Vieil in Nordfrankreich. Dort hatte der islamistische Terrorist Christian Ganczarski drei Wärter mit einem Messer attackiert und verletzt. Dieser aus Polen stammende Angreifer hatte sich in Deutschland radikalisiert. Er war wegen seiner Rolle beim Attentat in Djerba in Tunesien im Jahr 2002 zu 18 Jahren Haft verurteilt worden. Ganczarski sollte demnächst an die amerikanische Justiz ausgeliefert werden, die ihn wegen einer möglichen Beteiligung an der Vorbereitung der Attentate vom 11. September 2001 anklagen wollte.

Die betroffenen Wärter fordern spezielle Sicherheitsvorkehrungen gegenüber solchen Häftlingen, die nichts zu verlieren haben, die Konfrontation oder gar den «Märtyrertod» suchen. Der französische Strafvollzug scheint schlecht vorbereitet zu sein auf eine Problematik, die sich mit der wachsenden Zahl von inhaftierten Heimkehrern aus dem Jihad in Syrien und dem Irak verschärfen dürfte.

Der dramatische Zwischenfall von Vendin-le-Vieil hat indes nur das Fass eines angestauten Unmuts in der sehr schlecht bezahlten Berufsgruppe der Wärter zum Überlaufen gebracht. Der gesetzliche Mindestlohn, den viele bekommen, beträgt 1150 Euro netto. In den Tagen nach Ganczarskis Attacke häuften sich zudem Berichte über brutale Angriffe auf Beamte des Strafvollzugs, häufig durch Jihadisten oder wegen einer islamistischen Radikalisierung verdächtige Inhaftierte.

Schutzlos ausgeliefert

Die Wärter fühlen sich schutzlos ausgeliefert. Sie sind unbewaffnet, damit Häftlinge ihnen nicht eine Waffe entreissen können. Auch dürfen sie die Insassen nach Besuchen oder Spaziergängen nur mit ausdrücklicher Zustimmung ihres Vorgesetzten auf eingeschleuste Waffen durchsuchen. Sie fordern jetzt spezielle Regeln oder separate Hochsicherheitsabteilungen, eine bessere Ausrüstung und vor allem mehr Personal.

Zu den Gründen der eskalierenden Gewalt gehört auch die notorische Überbelegung der französischen Haftanstalten, die weit über dem europäischen Durchschnitt liegt. Manche Strafanstalten sind völlig veraltet und entsprechen auch hinsichtlich der Hygiene nicht den Kriterien eines menschenwürdigen Strafvollzugs. In seiner Wahlkampagne hat Präsident Emmanuel Macron die Schaffung von 15 000 neuen Plätzen in modernen Gefängnissen bis 2022 in Aussicht gestellt. Für die empörten Wärter dagegen ist das Wahlversprechen keine Antwort auf ihre Forderungen von heute.